

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter, seitens bestimmter Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1580,
Verlag:
Riesa Nr. 52.

Nr. 180.

Mittwoch, 3. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorzugszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlagsanstalt oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Landwirtschaft nach den Wahlen.

ES. Für die Agrarpolitik ergibt sich aus dem Wahlergebnis des 31. Juli die Notwendigkeit, mit schärfer Konzentration die bisherige Linie der Agrarpolitik fortzusetzen. Wenn die Nationalsozialisten als bei weitem härteste Partei des neuen Reichstages gerade auf dem flachen Lande, und zwar in allen Teilen des Reiches und bei allen Schichten der Landwirtschaft, besondere Erfolge errungen haben, während in einer Reihe von Städten die nationalsozialistischen Stimmen zurückgegangen sind, so ist das nicht nur ein Ausdruck der besonderen Not der Landwirtschaft, sondern vor allem der Tatsache zu verdanken, daß die Nationalsozialisten mit ihrem Radikalismus für den Schutz der deutschen Arbeit, für die Förderung des Binnenmarktes und damit für die Hebung der Landwirtschaft eingetreten sind. Er gibt sich daraus für die NSDAP, die Verpflichtung, nun auch ohne gewante Experimente und unter Verzicht auf eine gefährliche Agrarpolitik der Oberflächlichkeit für die praktische Durchführung dieser Anschauungen einzutreten, so daß sich wenigstens dieser Teil des nationalsozialistischen Programms mit den Anschauungen einer überwiegenden Mehrheit des neuen Reichstages. Eine im Sinne der vorbildlichen Pflege des Binnenmarktes vernünftig orientierte Agrarpolitik wird von jeher von den Deutschnationalen vertreten und von einem Teil der bürgerlichen Splittergruppen, die noch einmal einen Mandatsrest für den Reichstag gerettet haben. Aber auch die Bayerische Volkspartei, der Bayerische Bauernbund und der landwirtschaftliche Flügel des Zentrums, der seine wirtschaftspolitische Vertretung wesentlich bei den Bauernvereinen findet, kann für sich die Binnenmarktorientierung in Anspruch nehmen, die seit dem ersten Auftreten der Grünen Front mit geschlossener Einheitlichkeit von der Landwirtschaft verfolgt wird. Was für viele politische Fragen im Reichstag die Mehrheitsbildung noch zweifelhaft sein, so steht sie für die Agrarpolitik fest, da auch die landwirtschaftlichen Vertreter des Zentrums nicht dazu in der Lage sein dürften, sich bei diesen grundlegenden Fragen eines gelunden volkswirtschaftlichen Wiederaufbaus einem etwa gegen die Agrarpolitik gerichteten Fraktionszwang zu fügen.

So hat der Reichsernährungsminister ohne Rücksicht auf Koalitionsbesprechungen und auf Wünsche nach Regierungs- und Umwandlung die Möglichkeit, die Agrarpolitik schärfer als bisher zu konzentrieren. Das liegt ganz im Sinne der ersten Erklärungen des Kabinetts Bayern über eine Orientierung der Wirtschaftspolitik nach dem Binnenmarkt. Die Möglichkeiten für sichtbare praktische Auswirkung sind nach dem Wandel der Verhältnisse in Preußen umso größer. Man darf daher der Erwartung Ausdruck geben, daß die weitgehend geforderten Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Landwirtschaft auch auf den Gebieten, die bisher noch vernachlässigt werden mußten, nunmehr unverzüglich zur Durchführung gelangen. Bei der notwendigen Rücksichtnahme auf die anderen Berufsstände, der erforderlichen Eingliederung der agrarpolitischen Einzelheiten in einen allgemeinen volkswirtschaftlichen Aufbau und bei den internationalen Auswirkungen in der Handelspolitik wird nicht mit einem großen neuen Schlag zu rechnen sein, sondern mit einer schnellen, aber organischen Fortentwicklung. Wenn sich dabei bereits Stimmen bemerkbar machen, daß diese Fortentwicklung der Handelspolitik die Verärgerung gegen den deutschen Export verschärfen müssen, so muß man dem entgegenhalten, daß die Schuld bei denen liegt, die der deutschen Volkswirtschaft mit der Handelspolitik der Vergangenheit einen Bärendienst geleistet haben. Es ist aber auch so, daß die auf vielen Gebieten noch bestehende Einfuhrfreiheit und die Meißbegünstigungspolitik praktisch zu einer Zwangsverwirtschaftung geführt haben, die der deutschen Arbeit ihren Ertrag raubt und zu einer Zwangsverwendung überflüssiger Auslandserzeugnisse geführt hat.

Er gibt sich daraus die Tendenz für die Fortführung der Agrarpolitik, so ist dabei vom Standpunkt der Landwirtschaft aus auch die Selbstverständlichkeit eingeschlossen, daß auf jedes sozialistische Experiment auf dem flachen Lande der Landwirtschaft verzichtet wird. Die Landwirtschaft würde ja nur aus dem Regen in die Traufe kommen, wenn etwa nach dem Vorschlag des ehemaligen Reichstagspräsidenten Löss die sozialistische Mehrheit von Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten in dieser wirtschaftsgerichteten Richtung praktische Auswirkungen haben würde.

Eine überraschende Wendung.

Bayern auch als preussischer Ministerpräsident?

W. Berlin. Die neue Einberufung des Kabinettsrates im Preussischen Landtag zeigt, daß die erste politische Schlacht nach den Wahlen in Preußen geschlagen werden soll. Erst wenn in Preußen Klarheit geschaffen ist, wird man Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung im Reich und im neuen Reichstag haben. Offenbar geht das Bestreben der Regierungskreise dahin, sobald wie möglich die Einrichtung des Reichskommissars abzubauen oder durch einen Entschluß der Mehrheit im Preussischen Landtag die bereits durch die Reichstagswahlen gerechtfertigten Maßnahmen zu legalisieren.

Man spricht davon, daß die Wahl des Reichslanzlers von Papen zum preussischen Ministerpräsidenten beim Zusammenkommen des Preussischen Landtages zur Diskussion gestellt werden soll und man glaubt, daß im Zentrum beachtliche Kräfte an der Arbeit sind, um eine solche Lösung zu

Ländereinsprüche im Reichsrat.

Die erste Reichsratssitzung nach Einsetzung des Reichskommissars. Nachruf des Reichsinnenministers für die Opfer der „Niobe“.

W. Berlin. Der Reichsrat hielt gestern seine erste Vollversammlung nach der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen ab. Die Vertreter der letzten Preussischen Staatsregierung bzw. die durch die letzte Staatsregierung instruierten Reichsratsvertreter waren zu der Sitzung nicht erschienen.

Den Vorsitz führte Reichsinnenminister v. Gaus, der die Sitzung mit einem Nachruf für die Opfer des „Niobe“-Unglücks eröffnete. Der Minister sprach allen denen, denen durch diese Katastrophe schweres Herzleid zugefügt worden sei, den Eltern, den Kameraden und der Marine, das Beileid des Reichsrates aus.

Freiherr v. Gaus gab dann eine Erklärung ab, in der er auf die Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen Bezug nahm. Einzelne Länder und Bevollmächtigte der preussischen Provinzen hätten bereits in der Ausschuss-Sitzung vom 27. Juli ihre Stellungnahme zu der Rechtsfrage bekanntgegeben und sich unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes zur Mitarbeit im Reichsrat bereit erklärt. Die Reichsregierung habe von den Erklärungen Kenntnis genommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern im Reichsrat sich weiter reibungslos vollziehen werde, zumal Gewähr gegeben sei, daß die Rechtsfrage durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs baldigt endgültig geklärt werde.

Der Vertreter der bayerischen Regierung gab darauf eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, die bayerische Staatsregierung sei der Auffassung, daß die derzeitige Zusammensetzung des Reichsrates nicht der Reichsverfassung entspreche und daß der Reichsrat nicht in der Lage sei, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben.

Bayern behalte sich ausdrücklich alle weiteren Schritte vor und könne sich nur unter diesem Vorbehalt an den Verhandlungen beteiligen.

Der Vertreter Württembergs erklärte, nur unter Vorbehalt seines rechtlichen Standpunktes sei Württemberg zur Mitarbeit im Reichsrat bereit, müsse aber dem künftigen Ausdruck geben, daß während des Schwerezustandes bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur dringliche Angelegenheiten im Reichsrat zur Beratung gebracht werden könnten.

Der badische Vertreter betonte, die badische Regierung habe in ihrer beim Staatsgerichtshof erhobenen Klage zum Ausdruck gebracht, daß nach ihrer Auffassung die Reichsregierung nicht befugt sei, das Recht zur Instruktion von Reichsratsbevollmächtigten auf einen für ein Land bestellten Reichskommissar zu übertragen oder Länderregierungen das Recht zur Instruktion zu entziehen. Die badische Regierung halte an diesem Standpunkt auch heute fest und schließe sich deshalb der Vorbehaltserklärung an.

Dieselbe Vorbehaltserklärung gaben die Vertreter der Länder Hessen, Hamburg, Lübeck, Bremen, Lippe und Schaumburg-Lippe ab.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Samacher, gab namens der preussischen Provinzen Grenzmark-Vorpommern, Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Zusammensetzung des Reichsrates nicht durch Akt eines Reichskommissars verändert werden könne und daß Verwahrung gegen das Vorgehen des Reiches eingeleitet werde.

Damit waren die Erklärungen beendet. Die Rechtsfrage soll im Verfassungskonflikt des Reichsrates noch einer Prüfung unterzogen werden.

ermöglichen. Da sich aber in nationalsozialistischen Kreisen ein gewisser Widerstand bemerkbar macht, wird möglicherweise die Lösung in einer Personalunion der beiden Innenministerien gesucht werden.

Fraktionszusammenkünfte im kommenden Reichstag?

W. Berlin. Die Germania beschäftigt sich mit der Frage, wie die insgesamt 21 Abgeordneten der Mittelparteien zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten sich nach Zusammenritt des Reichstages gruppieren werden, um in den Ausschüssen vertreten zu sein. Sie weiß von einer Anregung zu berichten, die der staatsparteiliche Abg. Lemmer zur Gründung einer „Fraktion der Mitte“ gegeben habe. Die volksparteilichen Abgeordneten händen diesem Gedanken jedoch vorläufig noch abwartend gegenüber. Man rechne in parlamentarischen Kreisen auch mit der Möglichkeit, daß die volksparteilichen Abgeordneten sich der deutschnationalen Fraktion als Hospitanten anschließen. Die Volkszeitung weiß von Erörterungen zu berichten, die zwischen Zentrum und Bayer. Volkspartei gepflogen würden, um einen engeren Fraktionszusammenhang der beiden Parteien zu erreichen. Diese Fraktion wäre die dritthöchste Gruppe im neuen Reichstag.

Der Völkerbund greift ein

Genf, 3. August.

Das Völkerbundsekretariat hat Dienstagabend die zwischen dem amtierenden Präsidenten des Völkerbundesrates, Matos, und dem Generalsekretär des Völkerbundes sowie den Vertretern Bolivians und Paraguays geführte Korrespondenz über den Konflikt, der zwischen diesen beiden Staaten entstanden ist, veröffentlicht.

Aus dem von den zuständigen Vertretern der beiden Länder an den Generalsekretär gerichteten Schreiben geht hervor, daß sich Bolivien und Paraguay gegenseitig der Verwendung militärischer Mittel zur Lösung des Konfliktes im Chaco-Gebiet beschuldigen.

Das vom Ratspräsidenten Matos am 1. August an die Regierungen Bolivians und Paraguays gerichtete Telegramm lautet: Meine gegenwärtige Tätigkeit als Präsident des Völkerbundesrates macht es mir zur Pflicht, Ew. Excellenz in Erinnerung zu bringen, daß der Rat unter dem Vorsitz von Aristide Briand anlässlich des Zwischenfalls vom Dezember 1928 betr. des Chaco-Gebiet das Versprechen erhalten hat, gemäß dem Vakt zu einer friedlichen Lösung Zustimmung zu nehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, neue Zwischenfälle zu vermeiden. Auf das Vorstehende verweisend und in der Gewißheit, die Gefühle der Mitglieder des Völkerbundesrates auszudrücken, richte ich an die beiden Regierungen den dringenden Appell, damit Sie wie im Jahre 1928 sich mit der bezeichneten Aktion einverstanden erklären und in Wahrung der Verpflichtung, die die Mitglieder des Völkerbundesrates eingegangen sind, die Regelung ihres Streites unter Erhaltung des Friedens herbeizuführen.

Volkspartei erhält ein Reichstagsmandat.

W. Berlin. Die Reichspressestelle der Volkspartei teilt mit: Nachdem der Christlich-Soziale Volksdienst im Wahlkreisverband Westfalen-Nord und -Süd ein Grundmandat nur mit Hilfe der Stimmen der Volkspartei gewinnen konnte, fällt — entsprechend dem zwischen beiden Parteien abgeschlossenen Vertrag — ein Reichstagsmandat der Volkspartei zu. Gewählt ist damit der Reichsführer der Volkspartei, Oberbürgermeister Bauer-Stuttgart.

Kommunistische Alterspräsidentin im Reichstag?

W. Berlin. Die ersten Sitzungen des neuernannten Reichstages werden bis zur Bestimmung eines Präsidenten von dem Alterspräsidenten, also dem ältesten Mitglied des Reichstages, geleitet. Soweit sich bisher Feststellungen über das Alter der neuernannten Abgeordneten treffen lassen, scheint diesmal die kommunistische Abg. Frau Clara Reffin das älteste Mitglied des Reichstages zu sein. Frau Reffin ist am 5. Juli 1857 geboren und somit 75 Jahre alt. Es wäre das erste Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte, daß eine Frau das Amt des Alterspräsidenten wahrzunehmen hätte. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob Frau Reffin tatsächlich das Amt ausüben wird, da sie krank ist und wahrscheinlich an der Reichstagsöffnung überhaupt nicht teilnehmen kann. In diesem Falle würde der Posten des Alterspräsidenten dem zweitältesten Mitglied des Reichstages zufallen, und das wäre der Zentrumsabgeordnete Blum-Arfeld, der am 23. November 1857 geboren und somit nur wenige Monate jünger ist als Frau Reffin. Im ganzen sieht sich auch in der Frage des Alterspräsidenten eine gewisse Verjüngung im neuen Reichstag, da die Alterspräsidenten der letzten Reichstage durchweg erheblich älter und über 80 Jahre gewesen sind.

Einigung zwischen Reichsregierung und Reichsrat.

W. Berlin. Wie aus Kreisen des Reichsrates verlautet, waren der gestrigen Reichsrats-Sitzung Verhandlungen mit der Reichsregierung vorausgegangen, die zu einer Einigung führten, sodaß sich die Länder und Provinzen, die grundsätzlich die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen bekämpfen, auf die Abgabe von Erklärungen beschränkten, in denen sie ihren Rechtsstandpunkt wahrten. Die Grundlage dieser Vereinbarung bildete, wie weiter verlautet, die Forderung der Reichsregierung, daß die Reichskommissar für Preußen instruierten neuen preussischen Bevollmächtigten nicht in der Sitzung erscheinen würden und daß in der Sitzung keine strittigen Vorlagen behandelt würden, sodaß es nicht zu namentlichen Abstimmungen käme. Durch diese Vereinbarung ist die Reichsrats-Sitzung überhaupt erst möglich geworden, denn die durch den Reichskommissar ihres Amtes entsetzten preussischen Minister hätten die Abst. sonst zu der Reichsrats-Sitzung zu erscheinen.



Bundeskanzler Seipel.

Das Wert Ignaz Seipels.

Wien. 1917 erschien das Wert eines jungen Bräuers, eines homo novus in der Politik: „Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform“.

Seipels Buch ebnete ihm den Weg in die Politik, aber das Problem einer neuen Verfassung ließ ihn leither nicht mehr los.

Als im August 1922 der wirtschaftliche Zusammenbruch der Republik Österreich drohte, trat der österreichische Bundeskanzler Seipel keine berühmte Reise nach Prag, Berlin und Verona an.

Als im Oktober die Protokolle von Vent unterzeichnet wurden, hatte Seipel auf der ganzen Linie gesiegt.

Die Anleihe Debatte im Wiener Nationalrat.

Ablehnung des Miktrouensantrages.

Wien. In der gestrigen Nationalratssitzung führte in der abschließenden Debatte über den Anleihevertrag der großdeutsche Abgeordnete Jarboch in einer Polemik gegen den Abgeordneten Kunschak aus, der Wortlaut der Rede Kunschaks stelle eine Beleidigung der deutschen Reichsregierung dar.

Als letzter Redner in der Anleihe Debatte hob Abgeordneter Reichharter-Stürmer gegenüber seinen sozialdemokratischen und großdeutschen Vorgesetzten hervor, daß der Anschluß durch die Friedensverträge verboten sei.

Beileid des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat dem österreichischen Bundespräsidenten anlässlich des Hinscheidens des Alt-Bundeskanzlers Dr. Seipel telegraphisch sein Beileid zum Ausdruck gebracht.

Berlin. Der Reichskanzler hat an den österreichischen Bundeskanzler Dollfuß folgendes Telegramm gerichtet:

Tiefbewegt von der Nachricht über das Hinscheiden des Herrn Alt-Bundeskanzlers Dr. Seipel, in dem Österreich einen seiner hervorragendsten Staatsmänner verliert.

Desgleichen hat der Reichsaußenminister dem österreichischen Bundeskanzler sein Beileid in einem Telegramm übermittelt.

Nachruf des Bundesrats zum Tode Seipels.

Wien. Im Bundesrat gab gestern der Vorsitzende zu Beginn der Sitzung dem Schmers über das Hinscheiden Dr. Seipels Ausdruck und widmete ihm einen tief empfundenen Nachruf.

Ruhe in Königsberg wiederhergestellt.

Berlin. Nach den letzten amtlichen Meldungen aus Königsberg herrscht dort jetzt wieder absolute Ruhe. Die Polizei ist Herrin der Lage.

Das Ergebnis der polizeilichen Untersuchung über die Attentate der Sonntag-Nacht ist sehr düster. Der Regierungspräsident teilt mit, die Parteien rechts und links hätten erklärt, daß sie daran nicht beteiligt seien.

treibt, wer den wirtschaftlichen Aufbau ermöglicht; aber wer ihn hindert, ist ein Verräter an seinem Volk.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß erhielt hierauf das Wort zu folgender Erklärung: Ich lege Wert darauf, die erste Anfrage, die Abgeordneter Jarboch über die Ausführungen des Abgeordneten Kunschak an die Regierung gerichtet hat, unverzüglich zu beantworten.

Darauf folgte die mit großer Spannung erwartete Abstimmung über den Miktrouensantrag der Großdeutschen gegen die Regierung. Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit 11:51 abgelehnt.

Bemerkenswert ist, daß der amtierende Präsident Dr. Renner (Soz.) sich an der Abstimmung nicht beteiligte, obgleich er das Recht dazu gehabt hätte.

radikaler Elemente Veranlassung gegeben hätte, sich zu diesen Taten anlässlich des Wahlergebnisses zusammenzufinden.

Inzwischen sind allerdings eine große Anzahl Personen am Dienstag verhaftet worden. Im ganzen seien 40 Leute in Haft. Die Vernehmungen wurden mit aller Reichhaltigkeit durchgeführt.

In seinem Interview mit der United Press hatte Reichskanzler v. Papen auch geäußert, die Königsberger Attentäter würden summarisch abgeurteilt werden.

Südgang des Fraueneinflusses im Reichstag.

Berlin. Trotdem die Zahl der Reichstagsabgeordneten erheblich zugenommen hat, ist im neuen Reichstag ein weiterer Rückgang des Fraueneinflusses zu verzeichnen.

Das sind Tabake,

die Bulgaria Krone zu einer überragenden Ausnahme-Sorte machen.

Wer eine 5 Pfg.-Zigarette raucht, verlangt höchstes Aroma und eine bekömmliche Milde.

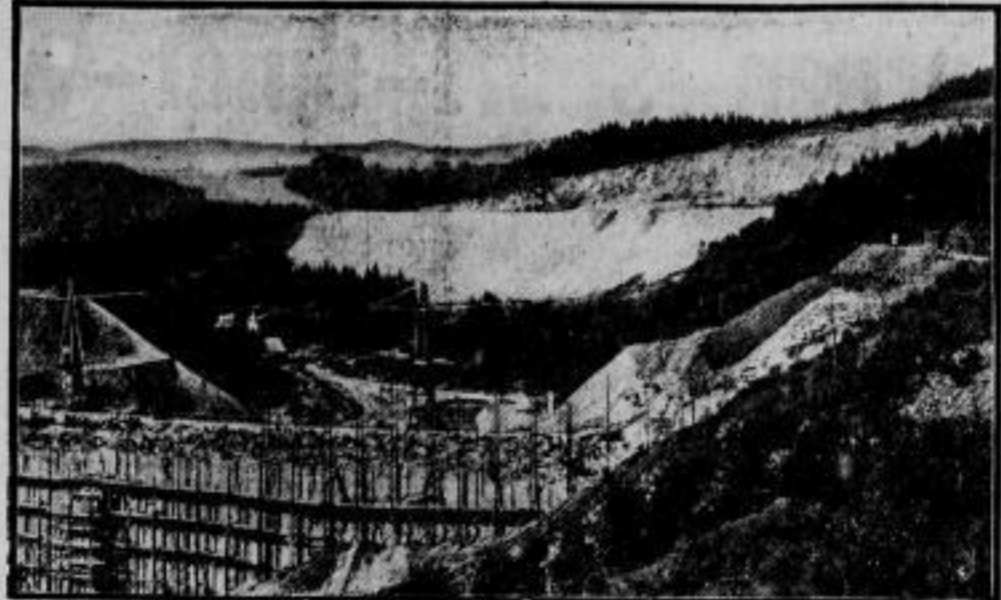
Das kann nur diese Bulgaria-Mischung erreichen.

BULGARIA-KRONE 5P mit neuen historischen Fahnenbildern





Deutsche Austausch-Schülerinnen in England.
Ein Bild von lustigen jungen deutschen Mädchen, die sich gegenwärtig als Austausch-Schülerinnen zu Besuch in England aufhalten. Nach Beendigung ihrer Ferien werden sie englische Kameradinnen mit nach Deutschland nehmen.



Die größte Talsperre Europas im Bau.
In der Nähe von Lengsfeld im Erzgebirge wird gegenwärtig die Zadenbach-Talsperre gebaut, die nach ihrer Fertigstellung die größte Talsperre Europas sein wird. Unser Bild zeigt die Sperrmauer mit den Bauanlagen und dem Steinbruch, der einen bedeutenden Teil der Baumasse liefert.



Selbstmord des früheren mecklenburgischen Ministerpräsidenten.
Der frühere mecklenburgische Ministerpräsident Paul Schröder hat in Moskau den Freitod gewählt, da er seit längerer Zeit an einer unheilbaren Juckerkrankheit litt.



Die Welt-Schönheitskönigin 1932 gewählt.
Auf der Welt-Schönheitskonkurrenz in dem belgischen Bad Spa wurde Miss Türkei (links) zur Welt-Schönheitskönigin gewählt. Neben ihr ihre schönste Konkurrentin Miss Ungarn.



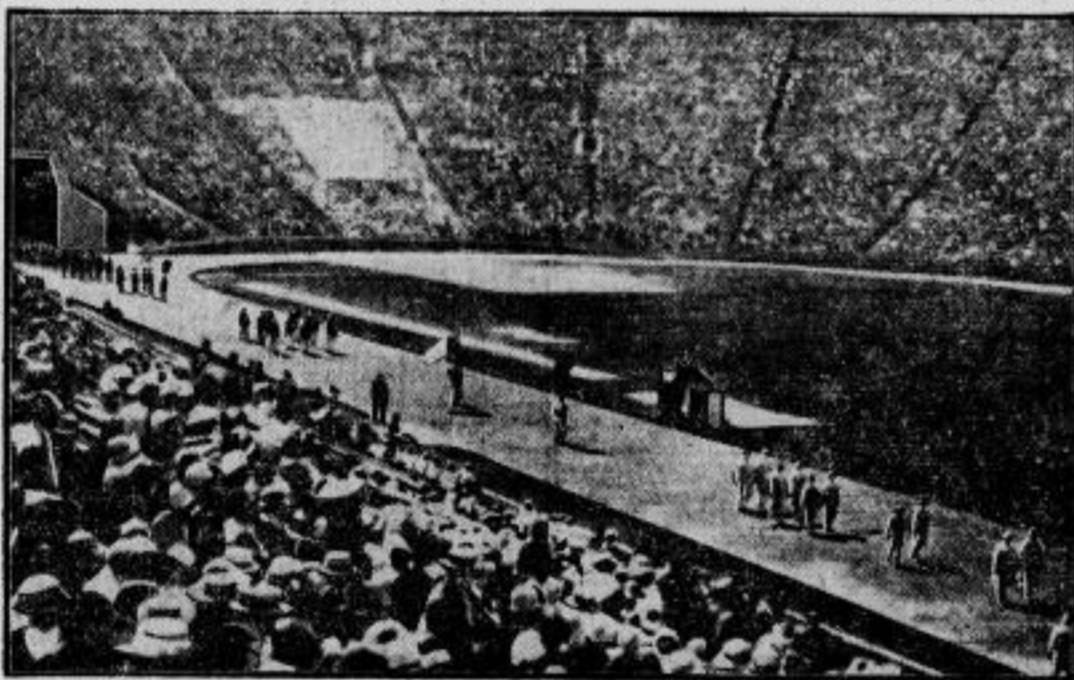
Einweihung eines englischen Kriegerdenkmals an der Somme.

In Thiepval im französischen Departement Somme wurde das Denkmal geweiht, das zu Ehren der 73 000 englischen Offiziere und Soldaten errichtet wurde, die während der Somme-Schlacht in den Jahren 1916 und 1917 hier fielen.

Bild links

Das erste Funkbild von der Eröffnung der Olympischen Spiele.

Dieses erste von Los Angeles über Newport nach Berlin gesendete Bildtelegramm zeigt den Einmarsch der Olympiateilnehmer in das Riesenstadion vor 100 000 Zuschauern.



Roman von Fr. W. van Oostharen

MIA und ihre Schwester

Copyright by Romanien-Diogo, Berlin W 30, Rosenheimer Straße 33
23. Fortsetzung.

Tränen schossen ihr in die Augen. „Mehr, als du weißt, Robert. Für dein Glück ginge ich aus deinem Leben und aus dem meinen.“

„Mia!“

Da lag ihr Kopf an der Schulter des Mannes, dessen Arm sie umfaßt und an sich gezogen hatte.

„Mia, ich will nicht leben ohne dich.“

„Und ich sterbe ohne dich, Robert.“

Es war still im Wagen. Doch das Herz einer Frau pochte, pochte in Leid und Dual und Liebe und rang sich durch zu dem Entschluß, den Kampf um die Seligkeit zu wagen, statt ihm feig zu entfliehen.

VII.

Mein Lieber und verehrter Herr Doktor!

Wolle fünf Tage bin ich nun schon fort von Ihrer Heimatstadt, die mir seit einiger Zeit aus guten Gründen lieb zu werden begonnen hat. Erst übermorgen werde ich sie mit dem Mittagzug auf dem Potsdamer Bahnhof wiedersehen. Ich bin von Dingen, die ich Ihnen vielleicht (?) einmal erzählen werde, so erschöpft, daß ich mich sofort niederlegen muß. Und wenn ich ein wenig ausgeruht bin, stehe ich auf, rufe Sie an und bitte Sie dann, zu mir zu kommen und mich zu beraten, wie ich rasch wieder zu Kräften komme. Ich teile Ihnen dies nur mit, um Sie zu bitten, übermorgen nach Ihrer Sprechstunde ein kleines Teilchen Ihrer kostbaren Zeit zu reservieren Ihrer dankbaren und Sie freundlich grüßenden Hilde Ront.

Der Poststempel auf dem Briefumschlag gab Köln als Aufgabort an und ließ den Tag genau erkennen. Dr. Garonder trug das Schreiben in der Brusttasche,

als er nach dem Potsdamer Bahnhof fuhr. Möchte die Frau, nach der sein Blut brannte, auch keineswegs erwarten, ihm bereits auf dem Bahnhof selbst zu begegnen, möchte sie auch darüber ungehalten sein, — ihn qualte die Sehnsucht, ihn peitschte das Verlangen. Den Gedanken, sie mit Blumen zu begrüssen, hatte er rasch fallen gelassen; sie liebte es nicht, irgendwie Anlaß zu bieten, daß fremde Menschen neugierig und mit gewissen körperlichen Bemerkungen sie ansahen. Während der Fahrt durch den Tiergarten fragte der Arzt sich immer wieder, wodurch diese Frau, von der er nicht viel mehr wußte als Namen, Wohnung und Helmat, deren wunderbare Schönheit ihm dafür jedoch vor einem Duzend Tagen durch eigene Anschauung und Berührung bekannt geworden war, — wodurch diese Frau eine so überwältigende Macht über ihn gewonnen und ihn, der, wenn auch kein Frauenfeind, so doch ein Ungläubiger der Liebe gewesen war, so völlig gewandelt hatte.

Seit kaum fünf Wochen kannte er sie. In einem Gasthaus, in dem er eifertig einige Bissen hinunterschlang, war er ihr zum ersten Male begegnet. Er hatte jemanden anrufen wollen, die Telephonzelle besetzt gefunden und war ärgerlich an seinen Tisch zurückgekehrt, um wieder die Zeitung zur Hand zu nehmen, zu essen und zu lesen. Als er nach einer Weile aufblickte, war eine Dame, von der er vorerst nur den Rücken gewahrte, eben im Begriffe, die Klinke der freigewordenen Zelle zu fassen. Mit einem Satz war er heran.

„Entschuldigen Sie, gnädige Frau, ich warte länger als Sie. Ich bin außerdem Arzt und habe bestimmt Wichtigeres hier zu suchen als eine Modistenbesprechung oder ähnliches.“ Das waren die ersten Worte gewesen, die er in seiner schroffen Art zu ihr gesprochen hatte.

Und da wandte sie sich ihm zu, da sah er sie. Seltsam, wie es ihn sogleich gepackt hatte, als entlode sich ein Starkstrom in seinen Leib und jagte ihm flammendes Blut zum Hirn! Lag das nur an ihrer Schönheit? An ihrer Haltung? An ihrem Blick? Er wußte es nicht zu sagen.

„Bitte, Herr Doktor. Wenn die Pflicht des Arztes sich nicht mit dem Recht des Kabaliers verträgt, so trete ich selbstverständlich zurück“, war ihre Antwort gewesen.

Ihre Worte beschämten ihn. Doch das hätte er nie und nimmer eingestanden.

„Ich danke. Wenn Sie von der Pflicht des Arztes sprechen, so sind Sie wenigstens nicht so ganz oberflächlich“, sagte er, noch immer ohne Liebenswürdigkeit, und trat in die Zelle.

Dann aber hatte er mit geklemmter Unterlippe im engen Raum gestanden, als der Anruf vorüber war, und endlich seiner Brusttasche eine Karte entnommen.

Mit dem kleinen Blättchen trat er an ihren Tisch.

„Ich muß mich wohl noch einmal entschuldigen. Hier meine Karte, damit Sie wissen, wem Sie eine ärztliche Pflicht erleichtert haben.“ Eine kurze, feise Verbeugung, und er war gegangen, hatte auch den Saal bald darauf verlassen.

Aber seltsam war es, daß er ihr Bild nicht mehr los wurde.

Zwei Tage später wußte Hilde Ront, wer Dr. Egon Garonder war, wo er wohnte und wie man sein Vermögen einschätzte.

Nach zwei weiteren Tagen rief sie an.

Egon Garonder war verblüfft, auf seine Frage nach dem Anrufenden durch den Hörer die Antwort zu vernehmen: „Hier die Dame, die Ihnen vor vier Tagen Ihre ärztliche Pflicht am Telephon erleichtert hat.“ Er entsann sich sofort; ihr Bild erstand klar und lebend in seiner Erinnerung; dem ersten Staunen folgte die heiße Blutwelle, die er schon bei der ersten Begegnung durch seinen Leib flammen gefühlt hatte.

„Sie wünschen?“ Es klang schon weniger schroff; beschämende Erinnerung und die Flamme im Blut milderten den Ton.

„Sie sind der erste Mensch, der grob zu mir gewesen ist“, vernahm er. „Selbster bin ich wie krank, rufe Sie deswegen aber nicht etwa als Arzt an. Ich will nur als Kranke für meine Gefälligkeit eine Frage beantwortet hören, die mich gequält und krank macht.“

(Fortsetzung folgt.)

